

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004854/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Hanna Gronkiewicz-Waltz (PPE), Magdalena Adamowicz (PPE), Rihards Kols (ECR), Marta Wcisło (PPE), Borys Budka (PPE), Wouter Beke (PPE), Liudas Mažylis (PPE), Michał Kobosko (Renew), Petras Auštrevičius (Renew), Sandra Kalniete (PPE), Karin Karlsbro (Renew), Pekka Toveri (PPE), Andrzej Bula (PPE), Inese Vaidere (PPE), Mirosława Nykiel (PPE), Ewa Kopacz (PPE), Krzysztof Hetman (PPE), Charlie Weimers (ECR), Krzysztof Śmiszek (S&D), Bartłomiej Sienkiewicz (PPE), Jagna Marczulajtis-Walczak (PPE), Roberts Zīle (ECR), Virginijus Sinkevičius (Verts/ALE), Ondřej Krutílek (ECR), Merja Kyllönen (The Left), Bernard Guetta (Renew), Beatrice Timgren (ECR), Dick Erixon (ECR), Jan Farský (PPE), Kamila Gasiuk-Pihowicz (PPE), Janusz Lewandowski (PPE), Paulius Saudargas (PPE), Elisabeth Grossmann (S&D), Sebastian Tynkkynen (ECR), Jüri Ratas (PPE), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (Renew), Andrzej Halicki (PPE), Thomas Waitz (Verts/ALE)

Betrifft: Bedenken hinsichtlich der Umgehung von Sanktionen wegen nach wie vor in Russland tätiger Banken mit Sitz in der EU wie Raiffeisen und UniCredit und dadurch bedingte Schwächung der Glaubwürdigkeit der EU

Obwohl die EU als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beispiellose Sanktionen verhängt hat, sind mehrere Banken mit Sitz in der EU, insbesondere die Raiffeisen Bank International und UniCredit, nach wie vor in erheblichem Umfang in Russland tätig. Ihre Präsenz gibt Anlass zu erheblichen Bedenken hinsichtlich möglicher Schlupflöcher und Umgehungsrisiken und schwächt die politische Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der EU in einer Zeit, in der kollektive Entschlusskraft unentbehrlich ist. Es besteht die Gefahr, dass von diesen Tätigkeiten eine widersprüchliche Botschaft an internationale Partner und die auf die Solidarität Europas angewiesenen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ausgeht. Die Sanktionen sind unverändert ein Eckpfeiler der Reaktion der EU auf den Krieg Russlands, und die Kommission ist dafür zuständig, ihre Durchsetzung zu überwachen und ihre Wirksamkeit sicherzustellen.

1. Wie bewertet die Kommission die politischen, finanziellen und reputationsbezogenen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, dass Banken mit Sitz in der EU ihre Tätigkeit in Russland fortsetzen, und welche Risiken erkennt sie im Hinblick auf die Kohärenz und Glaubwürdigkeit der EU-Sanktionsregelung?
2. Welche Schritte gedenkt die Kommission in Abstimmung mit der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde zu unternehmen, damit Finanzinstitute mit Sitz in der EU Geist und Buchstaben der restriktiven Maßnahmen uneingeschränkt achten?
3. Beabsichtigt die Kommission, die verbleibenden Schlupflöcher zu schließen, indem sie weitere Leitlinien herausgibt oder Gesetzgebungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen vorschlägt, um Banken mit Sitz in der EU daran zu hindern, Russlands Kriegsanstrengungen indirekt zu unterstützen?

Eingang: 8.12.2025